

Brandenburgische Studierenden Vertretung - BrandStuVe
Klausurtagung 6.-7. April 2004, Blossin
Ergebnisprotokoll

TAGESORDNUNG

1.	Strukturvergleich der Studierendenschaften	1
2.	Bildungswahlkampf	1
2.1.	Vergleich der Wahlprogramme	2
2.2.	Wahlprüfsteine	2
2.3.	Podiumsdiskussionen	2
2.4.	Öffentlichkeitsarbeit.....	2
3.	Satzung des zu gründenden Vereins Brandstuve e.V.....	2
4.	Experimentierklausel	3
5.	Zukunft der Hochschullandschaft in Brandenburg	3
6.	Treffen mit der Wissenschaftsministerin Prof. Wanka.....	3
7.	Situation der Bibliotheken im Land	4
8.	Zusammenarbeit mit Hochschulleitung und akademischer Selbstverwaltung	4
9.	Chipkarte.....	4
10.	Sport-Turniere im Land	4
11.	Situation ausländischer Studierender	4
12.	Umbenennung der Studentenwerke	5
13.	Gründungsveranstaltung des Brandstuve e.V.	5
14.	Nächstes Treffen.....	5
	<i>Anlage 1 - Strukturvergleich</i>	<i>6</i>
	<i>Anlage 2 - Wahlprüfsteine</i>	<i>7</i>
	<i>Anlage 3 - Zeitschiene</i>	<i>9</i>

1. Strukturvergleich der Studierendenschaften

In Anknüpfung an die vorhergehende Sitzung einigen sich die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Studierendenschaften auf Eckpunkte für einen Vergleich der Strukturen der studentischen Selbstverwaltung im Land Brandenburg.

Eine Vorlage für die Erhebung der dazu notwendigen Informationen findet sich im Anhang 1.

2. Bildungswahlkampf

Der Asta der Uni Potsdam stellt das bereits mehrfach in diesem Rahmen angesprochene Konzept eines Bildungswahlkampfes vor. Das Konzept lässt sich in dieser Form nicht mehr umsetzen, vor allem aufgrund des Desinteresses bzw. der mangelnden Bereitschaft zur aktiven Beteiligung seitens der Gewerkschaften und anderer potentieller Bündnispartner. Der daraus resultierende finanzielle und organisatorische Aufwand ist von der Brandstuve und den Studierendenschaften allein nicht leistbar.

Im Anschluss wird diskutiert, welche Elemente des Konzeptes dennoch Realität werden können und sollen. Die Anwesenden entscheiden sich dafür

- a) die Wahlprogramme der Parteien zu vergleichen und das Ergebnis zu veröffentlichen;
- b) Wahlprüfsteine zu erstellen und die Antworten der Parteien zu veröffentlichen;
- c) mehrere Podiumsdiskussionen rund um Hochschulpolitik durchzuführen und
- d) offensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

2.1. Vergleich der Wahlprogramme

Die Wahlprogramme der Parteien sollen bezüglich ihrer Aussagen zu Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik verglichen werden. In den Vergleich werden die Parteien SPD, CDU, PDS, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen einbezogen. Das Ergebnis des Vergleiches soll an den verschiedenen Hochschulstandorten veröffentlicht werden.

2.2. Wahlprüfsteine

Einer Anregung der Studierendenschaft der Uni Potsdam folgend, erstellten die Anwesenden Wahlprüfsteine, anhand derer die hochschulpolitischen Positionen der Parteien detailliert erfragt und verglichen werden sollen. Die Wahlprüfsteine werden an die Parteien SPD, CDU, PDS, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen versandt. Die Antworten sollen in konsolidierter Form an den verschiedenen Hochschulstandorten veröffentlicht werden.

Die Wahlprüfsteine finden sich im Anhang 2.

2.3. Podiumsdiskussionen

Neben den Informationen zu den Wahlprogrammen und Wahlprüfsteinen sollen Studierende auch die Möglichkeit erhalten, mit Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien hochschulpolitische Fragen live zu diskutieren. In diesem Sinne wollen die Anwesenden drei Podiumsdiskussionen organisieren. Generell soll es in diesen Diskussionen um die Zukunft der Hochschulen gehen, aber jede der drei Veranstaltungen wird einen thematischen Schwerpunkt haben, den die Studierendenschaften im Einzugsgebiet der Diskussion festlegen. Die Veranstaltungen sollen in der Woche vom 21.-25. Juni 2004 in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam stattfinden.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit

Rund um die verschiedenen Aktionen wird die Brandstuve mit Unterstützung ihrer Mitglieder offensiv Öffentlichkeitsarbeit betreiben. In den Bildungswahlkampf eingebettet sollen auch weitere Themen besetzt werden, unter anderem zur Situation der Bibliotheken (siehe TOP 7).

3. Satzung des zu gründenden Vereins Brandstuve e.V.

Die Anwesenden diskutierten einen ersten Satzungsentwurf und verständigten sich zu letzten Fragen bezüglich der Mitgliedschaft und Gewichtung der Stimmen im Verein. Die Stimmengewichtung soll nun so verändert werden, dass die Studierendenschaft der Universität Potsdam zwei Stimmen erhält und alle anderen Studierendenschaften jeweils eine. Mit diesem Kompromiss wird die hohe Studierendenzahl in Potsdam berücksichtigt, gleichzeitig bleiben aber auch die Stimmen der kleineren Hochschulstandorte wichtig.

4. Experimentierklausel

Der Asta der Potsdamer Uni plant, mehrere Anträge an den Senat zu stellen, um die Möglichkeiten der im neuen Brandenburgischen Hochschulgesetz enthaltenen Experimentierklausel auszuloten. Dabei sollen - ganz im Gegensatz zur Intention des Gesetzgebers, aber sehr wohl im Rahmen der Möglichkeiten der Klausel - die Mitbestimmungsrechte gestärkt werden (zum Beispiel durch die Besetzung der Position der Vizepräsidentin mit einer Studentin oder einer studentischen Mehrheit in der für Lehre und Studium zuständigen Kommission).

Sobald die diesbezüglichen Überlegungen an der Uni Potsdam abgeschlossen sind, werden sich andere Studierendenschaften anschließen und dieselben oder ähnliche Anträge an ihren Hochschulen stellen.

5. Zukunft der Hochschullandschaft in Brandenburg

Immer wieder pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Das Land Brandenburg kann sich auf Dauer keine neun Hochschulen leisten. Immer wieder pfeift die Politik alle diesbezüglichen Überlegungen zurück, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes. Dennoch wird das Land nach Überzeugung der Anwesenden langfristig nicht um eine Neuordnung der Hochschullandschaft herumkommen.

Um auf derartige Diskussionen nicht nur perplex zu reagieren, sondern sie mitbestimmen zu können, wurden mehrere Möglichkeiten diskutiert, solch längerfristige Entwicklungen vorzubereiten. Dabei entstand die Idee, gemeinsam mit drei oder vier innovativen Lehrstühlen von verschiedenen Hochschulen eine Neuordnung der Hochschullandschaft und der Hochschulausbildung vorzudenken (zwei potentielle Möglichkeiten wären die Lehrstühle Verwaltungsoptimierung an der Uni Potsdam und Qualitätsmanagement an der Uni Cottbus).

Die Ergebnisse dieser Überlegungen könnten im Rahmen einer Zukunftswerkstatt vorgestellt und diskutiert werden. Für eine solche Veranstaltung müssten unbedingt Partner gewonnen werden, beispielsweise der Landeshochschulrat, eine Stiftung oder eine Gewerkschaft.

6. Treffen mit der Wissenschaftsministerin Prof. Wanka

Am 30. März 2004 hat die Ministerin alle Studierendenschaften des Landes zu einem gemeinsamen Treffen am 20. April 2004 eingeladen. Für etwas Verwunderung sorgten die vorgeschlagenen Themen, die den Eindruck erwecken, als wären sie eher für ein Gespräch mit den Hochschulleitungen relevant. Aus diesem Grunde entwickelten die Anwesenden eine alternative Themenliste. Diese Themen sollen mit den nicht anwesenden Hochschulen abgestimmt und dann durch die Brandstube stellvertretend für alle Studierendenschaften an die Ministerin gesendet werden.

Die vorgeschlagenen alternativen Themen für das Gespräch sind:

- a) Stellung des Ministeriums zur verfassten Studierendenschaft
→ *Vorbereitung durch Asta Uni Potsdam*
- b) Zukunft der Zusammenarbeit mit der Brandstube und den Studierendenschaften
→ *Vorbereitung durch Brandstube Koordinator*
- c) Stipendienmittel für Studierende aus MOE-Staaten
→ *Vorbereitung durch Asta Uni Frankfurt (Oder)*
- d) Umsetzung des Bologna-Prozesses in Brandenburg
→ *Vorbereitung durch Stura Uni Cottbus*
- e) Geschlechtergerechte Sprache im Amtsbereich des Ministeriums
→ *Vorbereitung durch Stura Uni Cottbus*

7. Situation der Bibliotheken im Land

Noch immer ist die Lage der Bibliotheken im Land katastrophal, sie waren und bleiben chronisch unterfinanziert. Um auf die Situation erneut aufmerksam zu machen, planen die Anwesenden dezentral organisierte Aktionen. Am Montag, dem 10. Mai 2004 soll an mindestens drei verschiedenen Hochschulbibliotheken eine Aktion stattfinden. Als Ideen für mögliche Aktionen wurden diskutiert:

- a) Vermieten eines nunmehr leer stehenden Raumes der Bibliothek in Potsdam
- b) Hohlraumversiegelung des noch leeren Neubaus in Cottbus
- c) Versteigerung der Bibliothek in Frankfurt

Die Studierendenschaften des Landes sind angehalten, sich mit diesen oder anderen Aktionen am 10. Mai zu beteiligen. Die Entscheidung darüber, welche Aktionen wo durchgeführt werden, treffen die einzelnen Vertretungen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird landesweit vom Brandstuve Koordinator abgestimmt.

8. Zusammenarbeit mit Hochschulleitung und akademischer Selbstverwaltung

An dieser Stelle tauschen die Anwesenden Erfahrungen und Informationen zur Zusammenarbeit mit den jeweiligen Hochschulleitungen und den Gremien der akademischen Selbstverwaltung aus.

9. Chipkarte

Die Uni Potsdam berichtet von den ersten Erfahrungen mit der Chipkarte, die Uni Cottbus von den vielfältigen Problemen der Hochschulverwaltung bei der Umsetzung. Kurz werden auch die datenschutzrechtlichen Probleme angesprochen, ohne dass es dabei zu einer konkreten Beschlussfassung kommt.

10. Sport-Turniere im Land

Sowohl der Stura der TFH Wildau als auch der Stura der BTU wollen in diesem Sommer ein Sportturnier veranstalten. An der TFH soll ein Beachvolleyball-Turnier stattfinden, an der BTU eine Sommerspartakiade in Verbindung mit dem (in diesem Jahr zehntes Jubiläum feierndes) Sommerfest von BTU und FHL.

Beide Studierendenschaften werden gebeten, die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen (Ort und Zeit; Fahrtkosten, Unterkunft, Verpflegung; Sportarten; Preise). Alle anderen versuchen dann, Teams und Mannschaften zum Mitmachen zu bewegen.

11. Situation ausländischer Studierender

Recht lange diskutierten die Anwesenden die Situation internationaler Studierender in Brandenburg und an den einzelnen Hochschulstandorten sowie die Aktionen und Ideen der Studierendenschaften, diese Situation zu verbessern.

Letztlich wurde mit der Absicht, parallel laufende Arbeit zusammen zu fassen und Kräfte zu bündeln, vereinbart, sich auf folgende Schwerpunkte zu konzentrieren:

- a) Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden des Landes über das Innenministerium des Landes;
- b) Gespräche mit Banken zur Vereinfachung und Internationalisierung der Kontoeröffnung;
- c) Kontakt mit Landesärztekammern und Krankenkassen zur Vereinfachung und Internationalisierung der Krankenversicherung;
- d) Erstellen eines Readers für internationale Studierende.

Um diesen Teil unserer Arbeit weiter zu planen, findet am 22. oder 29. April in Frankfurt (Oder) ein kleines Arbeitstreffen mit Schwerpunkt der Planung und Vorbereitung des Readers statt. Für diese Aufgabe werden noch Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Studierendenvertretungen des Landes gesucht.

Der Reader soll zunächst in den drei Lehrsprachen des Landes erscheinen (Deutsch, Englisch und Polnisch) und folgende Themen ansprechen (diese Liste kann sich auf dem Arbeitstreffen durchaus noch verändern und ist als Anregung zu verstehen):

- Willkommen und kultursensitive Einführung
- Aufenthalts- und Arbeitsrecht
- Krankenversicherung, Arzt
- Behörden
- Banken
- Polizei / illegal vs. legal
- Soziales (Studentenwerk, Härtefalldarlehen, Wohngeld)
- Rechtsextremismus
- evtl. hochschulpolitische Themen

Geplanter Redaktionsschluss ist Ende Juni diesen Jahres, so dass der Reader in der vorlesungsfreien Zeit problemlos übersetzt und gedruckt werden kann. Für die Finanzierung bemüht sich der Koordinator um Förder- und Sponsorengelder.

12. Umbenennung der Studentenwerke

An dieser Stelle wird kurz diskutiert, warum die Studentenwerke noch nicht in Studierendenwerke umbenannt wurden. Das Thema soll kurz bei dem Treffen mit Ministerin Wanka angesprochen werden.

13. Gründungsveranstaltung des Brandstuve e.V.

Zur Gründung des eingetragenen Vereins Brandstuve e.V. soll es in der Woche vom 22. bis 26. Mai 2004 eine kleine Gründungsveranstaltung geben. Dazu wird Ministerpräsident Matthias Platzeck eingeladen, davon ausgehend, dass er sein Versprechen vom 3. Februar diesen Jahres einhält und tatsächlich an der Gründungsveranstaltung teilnehmen wird.

14. Nächstes Treffen

Das nächste Treffen findet am 30. April 2004 um 12 Uhr im Büro des Asta der Uni in Frankfurt (Oder) statt. Außer den hier begonnenen Aktionen und Projekten sollen zusätzlich die folgenden drei Themen besprochen werden:

- a) Studienreform / Bologna Prozess / Modularisierung / Bachelor und Master
 - Vorbereitung durch Stura Uni Cottbus
- b) Studiengebühren
 - Vorbereitung durch Asta Uni Potsdam
- c) Hochschulfinanzierung
 - Vorbereitung durch Asta Uni Potsdam

* * * * *

Anlage 1 - Strukturvergleich

Strukturvergleich der Studierendenschaften des Landes Brandenburg

Allgemeines	
Anzahl der Studierenden	
Beitrag zur Studierendenschaft	
Angestelltenzahl und –struktur	
Serviceangebote	
Asta / Stura	
Anzahl der Referate / Mitglieder	
Struktur: Referate, Vorstand, Koalitionen	
Bezahlung	
Rhythmus der Sitzungen	
Rechenschaftsberichte / Kontrolle	
Legislaturperiode	
Stupa	
Anzahl der Mitglieder	
Zusammensetzung und Arbeitsstrukturen	
Rhythmus der Sitzungen	
Legislaturperiode	
Haushalt	
<i>(bitte aktuellen Haushalt mitschicken)</i>	
Volumen des Haushalts	
Haushaltsjahr	
Mitgliedschaften	
Einbindung in und Zusammenarbeit mit ...	
Fachschaften	
Senat	
Fakultätsräten	
Berfungskommissionen	
Stadt / Region	
Sonstigen Partnern	

Anlage 2 - Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Entwurf der Brandstuve vom 07. April 2004

Präambel: Bitte stellen Sie kurz Ihre Vision der Entwicklung der Hochschullandschaft des Landes bis 2015 dar.

1. Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach die verfasste Studierendenschaft?
2. Halten Sie eine Stärkung der studentischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für notwendig und sinnvoll?
3. Können Sie sich vorstellen, die Berliner Regelung zu den Aufgaben der Studierendenschaft zu übernehmen? Falls nein, warum nicht?
4. Wie stehen Sie zu dem mehrfach diskutierten Anliegen, die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung künftig als Investitionsmittel zu deklarieren?
5. Wie gedenken Sie, den Widerspruch zwischen zunehmenden Qualitätsansprüchen einerseits und abnehmenden finanziellen Mitteln andererseits aufzulösen?
6. Welche alternativen Konzepte haben Sie zur Hochschulfinanzierung (zum Beispiel Drittmittelinwerbung, Hochschulsponsoring, Verträge mit privatrechtlichen Körperschaften)?
7. Die Bibliotheken an vielen Hochschulen des Landes sind in einer finanziell dramatischen Situation. Können Sie sich vorstellen, eine finanzielle Sonderförderung in solchen oder ähnlich gelagerten Fällen gutzuheißen?
8. Wären Sie dazu bereit, im Bundesrat eine Reform des Bafög zu initiieren mit dem Ziel, eine elternunabhängige Förderung Studierender durchzusetzen?
9. Was werden Sie unternehmen, um verstärkt so genannte "bildungsferne" und sozial schwache Schichten an die Hochschulen zu holen?
10. Soll es wie in Berlin einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an wissenschaftlichen Einrichtungen geben?
11. Wollen Sie nach der Wahl Studiengebühren einführen? Wenn ja, welches Modell würden Sie bevorzugen (unter anderem Studienkonten, HRK-Modell, Akademikergutscheine, Studiengutscheine)?
12. An den brandenburgischen Hochschulen werden Entgelte und Gebühren für angebliche Sonderleistungen (Fernausleihe von Büchern, Teilnahme am Hochschulsport oder an Sprachkursen) erhoben. Wie stehen Sie dazu?
13. Können Sie sich vorstellen, Kompetenzen des Landes im Hochschulbereich dem Bund oder der EU zu überlassen? Wenn ja, welche Kompetenzen? Wenn nein, warum nicht?
14. Können Sie sich vorstellen, für einige Fächer die bislang gültigen Studienabschlüsse aufrecht zu erhalten. Wenn ja, für welche Fächer?
15. Nach welchen Kriterien soll der Zugang zu einem Master-Studiengang geregelt werden? Soll die Anzahl der Studienplätze im Master geringer sein als im zugehörigen Bachelor Studiengang?

16. Derzeit werden von Studierenden pro Semester 900 Arbeitsstunden verlangt (30 Leistungspunkte à 30 Stunden Arbeitsaufwand). Dies entspricht ca. einer 37,5-Stunden-Woche und vernachlässigt, dass knapp zwei Drittel aller Studierenden zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes arbeiten müssen. Wie stehen Sie zu einer Anpassung der zeitlichen Anforderungen nach unten?
17. Wie stehen Sie zu einem Teilzeitstudium?
18. Durch das neue Mittelvergabemodell sind die brandenburgischen Hochschulen dazu angehalten, den Anteil ausländischer Studierender zu erhöhen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die hierfür notwendigen finanziellen Anreize und Voraussetzungen zur individuellen Förderung zu schaffen?
19. Internationale Mobilität setzt Sprachkenntnisse voraus. Wie wollen Sie erreichen, dass das Sprachkursangebot dem Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden gerecht wird?
20. Wie stehen Sie zur Öffnung des Hochschulzugangs für Asylsuchende verschiedener Statusgruppen und geduldete Personen?
21. Soll das Abitur eine hinreichende Bedingung zum Hochschulzugang sein?
22. Bereits heute sind zu wenig flächen- bzw. personenbezogene Studienplätze vorhanden (im Wintersemester 2000/2001 standen 32.421 Studierende gerade einmal 26.036 personalbezogenen Studienplätzen und 19.116 flächenbezogenen Studienplätzen gegenüber). Wie wollen Sie diese Überlast abbauen?
23. Halten Sie Eignungstests als Auswahlkriterium zum Hochschulzugang für sinnvoll? Falls nein, wären Sie dazu bereit, die entsprechenden Regelungen im Brandenburgischen Hochschulgesetz zu streichen?
24. Wie stehen Sie zur finanziellen Autonomie der Hochschulen (zum Beispiel Globalhaushalt, Rücklagen, Eigentum, Sponsoring, Ausnahme von Minderausgaben und Stellensperren)? Halten Sie eine weitere Stärkung der Autonomie der Hochschulen für notwendig?
25. Können Sie sich vorstellen, die Personalhoheit komplett an die Hochschulen zu delegieren?
26. Durch das neue Mittelvergabemodell sind die brandenburgischen Hochschulen dazu angehalten, die Frauenförderung zu verstärken. Welche weiteren Maßnahmen zur Frauenförderung können Sie sich vorstellen?
27. Die Studentenwerke in Brandenburg sind von deutlichen finanziellen Kürzungen betroffen. Wollen Sie an dieser Planung festhalten oder die Kürzungen zurück nehmen?
28. Welche Leistungen des Studentenwerkes sollten Ihrer Meinung nach weiter finanziert werden, und welche Leistungen nicht oder nicht mehr im selben Umfang?
29. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Situation der Studierenden mit Kind zu verbessern?

Anlage 3 - Zeitschiene

Zeitlicher Überblick über Aktionen der Brandstuve

April 2004	6.-7.	Klausurtagung
	16.	Wahlprüfsteine an Parteien verschicken
	19.	Einladung für Podiumsdiskussionen verschicken
	<i>fortlaufend</i>	Wahlprogramme der Parteien vergleichen Podiumsdiskussionen vorbereiten Gründungsveranstaltung vorbereiten Aktionstag Bibliotheken vorbereiten Neue Webpräsenz erstellen
Mai 2004	10.	Aktionstag Bibliotheken
	22.-26.	Gründungsveranstaltung Ergebnis des Wahlprogrammvergleiches veröffentlichen
	<i>fortlaufend</i>	Podiumsdiskussionen vorbereiten Neue Webpräsenz erstellen
Juni 2004	4.-6.	Wahlprüfsteine veröffentlichen Webpräsenz erneuern
	21.-25.	Podiumsdiskussionen